

Schwedische Botschaft
Rauchstraße 1
10787 Berlin
Deutschland

Diese Anfrage wurde auch per Mail
an ambassaden.berlin@gov.se gesendet

Ansprechperson:
Charlie Hansen: Charlie@besd-ev.de, +49 152 046 17 464



BesD e.V.
Hertzbergstraße 3a
12055 Berlin
www.berufsverband-sexarbeit.de
info@besd-ev.de

05. Februar 2019

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. wenden wir uns heute mit einigen dringenden Nachfragen an die schwedische Botschaft:

In der letzten Woche haben wir erfahren, dass es der schwedischen Organisation Fuckförbundet in Schweden unmöglich gemacht wird, ein Konto zu eröffnen, um Spenden und Zuwendungen für Fuckförbundets Arbeit zum Wohle von Sexarbeiter*innen zu empfangen. Die Kontoführung für die Organisation Fuckförbundet wird von den Banken aus folgenden Gründen abgelehnt:

- Fuckförbundet verstoße gegen die Moralvorstellungen der Bank, die diese auch gesetzlich verankert im Schwedischen Modell sehen
- Die anonyme Form des Spendens sieht die Bank ebenfalls als Problem an

Fuckförbundet tritt für die Entkriminalisierung der Sexarbeiter*innen ein, und kümmert sich um die Interessen von schwedischen Sexarbeiter*innen. Durch das Sexkaufverbot in Schweden befinden sich sowohl Dienstleister*innen als auch ihr politisches Sprachrohr in der gesellschaftlichen Grauzone und können sich oftmals nicht mit realen Namen outen. Nichtsdestotrotz erfüllt der Vorstand von Fuckförbundet die Anforderungen für Bankgeschäfte, und ist mit allen persönlichen Daten erfasst. Ein Vorenthalten eines Kontos können wir daher nur als Akt der Willkür und als Anschlag auf demokratische Rechte von Sexarbeiter*innen werten und fragen deshalb nach der politischen Legitimation einer solchen Vorgehensweise: wie schätzt also der schwedische Staat dieses Verhalten von mehreren Banken ein, und können die Banken sich weiterhin weigern? Wenn ja, wie ist das gesetzlich begründbar? Wir fragen uns: Soll die Arbeit von Organisationen wie Fuckförbundet, die für die Rechte von Sexarbeiter*innen eintreten, behindert werden? Ist es der Wunsch des schwedischen Staates, die politische Partizipation von schwedischen Sexworkern zu unterbinden, und ihre Arbeit unmöglich zu machen?

Mit großer Sorge beobachten wir, wie die wichtige Arbeit von Fuckförbundet erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird. Ist dies die gewünschte Entkriminalisierung von Sexarbeitenden in Schweden?

Wir fragen ganz offen: Schafft das Schwedische Modell die legislatorischen Voraussetzungen für das Verhalten der Banken? Wenn nicht, wieso wird geduldet, dass diese Banken unter Verweis auf das Schwedische Gesetz Sexarbeiter*innen von politischer Partizipation ausschließen?

Zuletzt wollen wir auf die Konsequenzen solchen Verhaltens hinweisen und dafür sensibilisieren, dass die Arbeit von Fuckförbundet für schwedische Sexarbeitende, also für schwedische Bürger, von großem Wert ist und daher unterstützt und gefördert werden muss, jedoch keineswegs behindert werden darf. Wir fordern daher einen Klärungsprozess an dessen Ende die Geschäftsfähigkeit und die Kontoführung für Fuckförbundet stehen muss.

Herzliche Grüße vom BesD